

Forschungsstelle Osteuropa Bremen

Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 15

Rußland

August 1996

**Die Kommunistische Partei der
Rußländischen Föderation (KPRF)**

**von
Galina Luchterhandt**

**Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Universitätsallee GW 1 · 28359 Bremen
Telefon 0421 / 218-3687 · Fax 0421 / 218-3269**

INHALT

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DER RUßLÄNDISCHEN FÖDERATION (KPRF)	3
1. Vorgeschichte	3
2. Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht	7
2.1. Wahlen 1993 und Aktivitäten in der Staatsduma	7
2.2. Regionale und lokale Wahlen	10
2.3. Siegerin bei den Dumawahlen 1995	11
3. KPRF vor den Präsidentschaftswahlen	15
3.1 Aufbau der Partei und innere Konflikte	15
3.2. Koalitionen	19
3.3. Ideologie und Programmatik	22
3.3. Soziale Basis der KPRF	25

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DER RUßLÄNDISCHEN FÖDERATION (KPRF)

Die Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation (KPRF) ist gegenwärtig die größte, am besten organisierte und strukturierte politische Kraft in Rußland. Sie hat ihre regionalen Abteilungen nicht nur in jedem Föderationssubjekt und in jeder Großstadt, sondern auch in vielen kleinen Siedlungen und sogar in Dörfern. Die Zahl der Grundorganisationen erreichte nach den offiziellen Angaben Anfang 1996 20.000. Die KPRF ist zudem die führende Kraft in dem seit Anfang 1996 bestehenden "bunten" Bündnis von kommunistischen und nationalistischen Organisationen. Ihre Wählerschaft ist seit den ersten Dumawahlen im Jahre 1993 deutlich gewachsen. Die Partei wurde erwartungsgemäß Sieger in den Wahlen vom 17.12.1995, bildete die stärkste Fraktion in der Staatsduma und konnte die Wahl ihres Mitgliedes Selesnew zum Duma-Vorsitzenden durchsetzen. Kommunisten sind in den Legislativorganen aller Ebenen stark vertreten, in manchen Regionen bilden sie sogar die Mehrheit. Viele KPRF-Mitglieder sind auch in den regionalen und lokalen Exekutivorganen tätig. Und nicht zuletzt: Der Vorsitzende der Partei, Gennadij Sjuganow, ist der stärkste Rivale Präsident Jelzin in den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 16. Juni 1996. Dieser Artikel ist der Beschreibung der Besonderheiten der Geschichte, Programmatik, Struktur und Aktivitäten dieser Partei gewidmet.

1. Vorgeschichte

Die Geschichte der KPRF beginnt mit der Gründung der **Kommunistischen Partei der RSFSR** am 20./ 21. 06.1990 (Moskau). Sie vereinigte auf der Grundlage der Parteilisten 58% der Mitglieder der KPdSU (d.h. ca. 10 Millionen). Entsprechend den Positionen ihrer Führung galt sie als ein Sammelbecken der Reaktionsäre. Die Wahl zum Ersten Sekretär fiel auf Iwan Poloskow, aber schon Anfang August 1991 wurde es Walentin Kupzow.

Nach dem August-Putsch wurde die Tätigkeit der KP RSFSR durch das Jelzin-Dekret vom 23.08.1991 suspendiert. Das Eigentum der Partei wurde konfisziert. Durch das Dekret vom 6.11.1991 wurden die KPR RFSSR sowie die KPdSU verboten. Eine Gruppe von Deputierten und von Mitgliedern des ZK der KP RSFSR stellte bald darauf einen Antrag an das Verfassungsgericht Rußlands, um die Verfassungsmäßigkeit der Dekrete prüfen zu lassen. Der KPdSU-Prozeß im Verfassungsgericht¹ endete am 30. 11.1992 mit der Entscheidung, die Suspendierung und der Verbot der Kommunistischen Partei im wesentlichen für verfassungsmäßig zu erklären. Das Gericht anerkannte jedoch das Recht der Partei, die territoria-

¹ Vgl. dazu: Luchterhandt, Otto: Der KPdSU-Prozeß vor dem Verfassungsgericht Rußlands, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, Band 43, 1995, S. 69 -103.

len Parteiorganisationen entsprechend dem im Gesetz vorgesehenen Verfahren wiederaufzubauen.

Nach dem Verbot der KPdSU entstand eine Reihe von kommunistischen und sozialistischen Parteien und Bewegungen, deren Basis die noch vor ihrem Verbot von der Kommunistischen Partei inspirierten oder selbständig entstandenen kommunistischen Organisationen bildeten. Dazu gehörten: die Vereinigte Front der Werktätigen/ VFW (*Ob' edinennyj Front Trudjaščichsja*), die Bolschewistische Bewegung "Einheit" (*Edinstvo*), die Jugendbewegung "Kommunistische Initiative" (*Kommunističeskaja Inicijativa*) sowie Aktivisten der innerhalb der KPdSU 1990 organisierten bolschewistischen und marxistischen *Plattformen*,² von denen hier nur die wichtigsten genannt werden sollen:

1. Auf der Basis der Bolschewistischen Plattform in der KPdSU und der Bewegung "Einheit" entstand die **Allunionistische Kommunistische Partei der Bolschewiken/ AKPB** (*Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija Bol'shevikov*), die Nina Andrejewa zur Generalsekretärin wählte.
2. Die **Rußländische Kommunistische Arbeiterpartei/ RKAP** (*Rossijskaja Kommunističeskaja Rabočaja Partija*) wurde als eine orthodoxe marxistische Partei gegründet; an ihrer Spitze stand General Makaschow; Mitglieder wurden Vertreter der VFW und der "Kommunistischen Initiative".
3. Die **Sozialistische Partei der Werktätigen/ SPW** (*Socialističeskaja Partija Trudjaščichsja*) vereinigte sowohl Vertreter der "Marxistischen Plattform" als auch die übrig gebliebenen Mitglieder der Bewegung "Kommunisten für Demokratie", die ihrem Vorsitzenden Ruzkoj bei der Gründung einer Partei ("Großmacht" / *Dershava*) nicht gefolgt waren. Der bekannte Historiker und ehemalige Dissident Roj Medwedew sowie Ljudmila Warasarowa waren die führenden Vertreter dieser Partei.

Daneben existierte eine Reihe von kleinen kommunistischen Parteien, deren ideologisches Spektrum vom orthodoxen Marxismus der RKAP bis zu der fast sozialdemokratischen Ideologie der SPW reichte.

Neben diesen Parteien oder auf deren Basis entstanden einige lose kommunistische Sammelbewegungen, die überwiegend Mitglieder von der RKAP und anderen orthodox-kommunistischen Parteien vereinigten: "**Werktätiges Rußland**" (*Trudovaja Rossija*) und ähnliche Bewegungen mit regionalem Charakter, wie "Werktätiges Moskau", "Werktätiges Samara" usw., und der "**Rußländische Sojwet der Arbeiter**".

Ferner wurde eine **KPdSU-Union der Kommunistischen Parteien** gegründet, an der sich kommunistische Organisationen aus den früheren Unionsrepubliken beteiligten.

² Ausführlich dazu: Luchterhandt, Galina: Die rußländische Parteienlandschaft: kommunistische und sozialistische Parteien und Bewegungen, in: Osteuropa 1992, S. 1037- 1049; Timmermann, Heinz: Die KP-Nachfolgerparteien in Ostmitteleuropa; Schneider, Eberhard/ Timmermann, Heinz: Das Ende der KPdSU und neue politische Kräfte in Rußland, Ukraine und Weißrußland, Berichte des BIOst, Teile I und II, 1991, Nr. 52, 53.

Die neuen kommunistischen Organisationen waren mit den alten und den neugegründeten patriotischen Parteien und Bewegungen eng verbunden; doppelte Mitgliedschaften waren auch hier die Regel.

Kurz vor dem Anfang der Wirtschaftsreform und nach ihrem Beginn kam es zur Gründung einer Reihe von patriotischen und "kommunistisch-patriotischen" Organisationen, die sich teilweise auf schon vor dem Putsch existierende Organisationen stützen konnten.

Im Januar 1992 fand der Gründungskongreß einer breiten Sammelorganisation, nämlich "**Vaterland**" (*Otčizna*) statt, an dem sich sowohl Vertreter der kommunistischen als auch der patriotischen Parteien beteiligten, die wie auch die Gründung einer Reihe ähnlicher Organisationen (z.B. die im Februar gegründete "**Rußländische Volksversammlung**") aber nur als eine Vorbereitungsstufe zur Bildung einer starken, vereinigten Opposition diente. Im Oktober 1992 schlossen Vertreter vieler kommunistischer und patriotischer sowie ehemaliger demokratischer Vereinigungen (Christlich-Demokratischer Bewegung Rußlands und Konstitutionell-Demokratischen Partei - Partei Volksfreiheit) ein breites oppositionelles Bündnis, nämlich die **Front der Nationalen Rettung/FNR** (*Front Nacional' nogo spasenija*), die im Parlament durch die im Block "**Rußländische Einheit**" vereinigten Fraktionen unterstützt wurde, der gleichfalls ein Teil der FNR war. Sowohl Präsident als auch die demokratischen Bewegungen sahen in der FNR die größte Gefahr für die demokratischen Reformen. Der Versuch Jelzins, durch ein Dekret die FNR zu verbieten, scheiterte, weil die Maßnahme vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde. Bis zum Herbst 1993 gewann die FNR schnell an Einfluß.

Die KPRF wurde schon am 13./ 14. 02.1992 an der Kljazma, nicht weit von Moskau, auf dem sogenannten "II. Außerordentlichen Parteitag" unter der Teilnahme von 805 Delegierten, wie es offiziell hieß, "wiederhergestellt". Tatsächlich war es eine neue Partei einem neuen Namen: **Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation** mit ca. 500 000 umregistrierten Mitgliedern und mit einer neuen Programmatik, da sowohl das Statut als auch das Programm der Partei neu formuliert wurden. Der Parteitag wählte ein Zentralexekutivkomitee aus 89 Personen mit dem Vorsitzenden Gennadij Sjuganow an der Spitze.³

Sjuganow wurde 1944 im Dorf Mytrino (Gebiet Orel) geboren, studierte Pädagogik in Orjel und machte die typische Karriere eines Parteifunktionärs, die mit der Position eines Bezirkskomsomolsekretärs in Orel begann und ihn - über den Aufstieg auf immer höhere Stufen in der Parteihierarchie 1983 in die Position eines Gruppenleiters im ZK der KPdSU und zuletzt - vor dem August-Putsch - in die Spitzenposition des ZK-Sekretärs und Mitglieds des Politbüros der Kommunistischen Partei der RSFSR führte.⁴

³ Vgl.: Kto est' čto. Političeskie partii i bloki. Obščestvennye organizacii. Moskva 1994, 104 -116.

⁴ Ausführlich dazu: Krotov, Nikolaj/ Luchterhandt, Galina: Zwischen "Patriotismus" und "Sozial-Demokratie". Der Kommunist Gennadij Sjuganov, in: Osteuropa, 1994, 855 -861.

Einer seiner vier Stellvertreter wurde **Walentin Kupzow**. Er wurde 1937 im Dorf Mindjukino (Gebiet Wolgograd) geboren, war Fernstudent einer polytechnischen Hochschule und machte ebenfalls eine, wenn auch nicht so schnelle Karriere als Parteifunktionär. Er stieg von der Position eines Betriebsabteilungsparteisekretärs über eine Reihe von leitenden Positionen im Stadt- und im Gebietspartei-Komitees von Wologda 1990 zum Abteilungsleiter des ZK der KPdSU auf und wurde am 6.08.1991 zum Ersten Parteisekretär des ZK der KP RSFSR gewählt.⁵

Das Statut der KPRF wurde am 24.03.1993 vom Justizministerium Rußlands registriert. Die Partei stand in der Opposition und sah ihre Aufgabe bis Herbst 1993 in der "Verteidigung der Verfassungsordnung und der Sowjets".⁶ Sie gehörte zu der sogenannten "unversöhnlichen Opposition", einem lockeren Bündnis, das Kommunisten und Patrioten im Kampf gegen den Präsidenten vereinigte und Protestaktionen organisierte. Die KPRF trat dementsprechend zuerst gegen die Durchführung des (April-) Referendums über das Vertrauen zum Präsidenten bzw. zum Obersten Sowjet auf und agitierte, nachdem der Oberste Sowjet dessen Durchführung doch beschloß, massiv gegen Jelzin. Die Partei nahm an der Arbeit der von dem Präsidenten berufenen Verfassungskonferenz nicht teil.

Im Unterschied zu den anderen (radikalen) oppositionellen Parteien und Bewegungen, etwa der RKAP von Albert Makaschow und der Bewegung "Werkfähiges Rußland" von Wiktor Anpilow, beteiligte sich die KPRF an den Auseinandersetzungen um das Weiße Haus im Oktober 1993 nicht, obwohl sie Jelzins Dekret Nr. 1400 als verfassungswidrig und volksfeindlich verurteilte und in den öffentlichen Erklärungen die Ereignisse vom 3/ 4.10.93 als "blutige Abrechnung mit dem Obersten Sowjet" charakterisiert hatte.

Nachdem im Oktober 1993 zunächst einige widersprüchliche Anordnungen von seiten des Generalstaatsanwaltes, des Sicherheitsministeriums und des Justizministeriums getroffen worden waren, wobei eine Liste mit dem Verbot von 18 präsidentenfeindlichen Parteien und Bewegungen (KPRF stand auch auf der Liste) bekannt gemacht worden war, schloß der Präsident durch Dekret vom 19.10.1993 fünf gesellschaftliche Organisationen der vereinigten Opposition von der Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen aus:⁷ die FNR, die RKAP, den Offiziersbund (*Sojuz Oficerov*), den Bund des sozialen und rechtlichen Schutzes der Wehrbediensteten, Wehrpflichtigen und ihrer Familienmitglieder "Schild" (*Ščit*), die nationalistische "Russische Nationale Einheit" ("*Russkoe Nacional'noe Edinstvo*") sowie die "Rußländische Kommunistische Jugendunion". Die KPRF entging diesem Schicksal. Zwar wurde ihre Tätigkeit wegen der Beteiligung einiger Parteimitglieder an diesen Auseinandersetzungen bis zum 18.10.1993, d.h. bis zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Moskau vom Justizministerium suspendiert. Aber von für den 12.12.1993 angesetzten Parlamentswahlen wurde sie nicht ausgeschlossen.

⁵ Vgl. Kupcov Valentin Aleksandrovič, in: Kto est' kto v rossijskoj politike, Moskva, "Panorama" 1994, Band II, 317-318; Vyžutovič, Valerij: Smotrite, kto idet! in: Izvestija vom 6.04.1996, 4.

⁶ Vgl. Pravda vom 13.08.1993, S.1.

⁷ Vgl. SAPP RF, Nr.43, Pos.4080.

2. VON DER RADIKALEN OPPOSITION ZUR BETEILIGUNG AN DER MACHT

2.1. Wahlen 1993 und Aktivitäten in der Staatsduma

Am 26.10. 1993 faßte die I. Parteikonferenz der KPRF den Beschluß, sich an den Duma-Wahlen zu beteiligen. Dies bedeutete eine grundsätzliche Änderung ihrer Position, weil sie damit von der sogenannten "Anti-System-Opposition" zur Taktik des Spiels nach den Regeln und der Beteiligung an der Macht überging. Die Entscheidung war nicht nur in den kommunistischen "Bruderparteien", die nicht bereit waren, mit dem "Regime der Verbrecher" zusammenzuarbeiten, sondern auch in der Partei selbst stark umstritten.

Die KPRF war eine der 13 Organisationen, die es schaffte, die benötigten 200.000 Wählerunterschriften zu sammeln, um für den Wahlkampf registriert zu werden. Sie konnte damit wegen ihrer zeitweiligen Suspendierung erst drei Wochen später als die anderen Wahlvereinigungen anfangen, schaffte es jedoch, mehr als 500.000 Wählerunterschriften der Zentralen Wahlkommission vorzulegen.

Die Parteiliste für die Wahl wurde nach einem pragmatischen Prinzip zusammengestellt, man ging von den Besonderheiten der Parlamentsarbeit aus: Die Führer der regionalen Parteiorganisationen (viele davon standen der radikalen RKAP nahe oder hatten gar eine doppelte Mitgliedschaft) fanden ihren Platz nur in der Mitte oder am Ende der Liste.

Die Wahlergebnisse wurden für die KPRF zum großen Erfolg: Sie errang 12,35% der Wählerstimmen und damit 32 Sitze in der Staatsduma; weitere 16 Parteimitglieder wurden direkt gewählt.⁸

Im Januar 1994 wurde die Fraktion der KPRF mit 45 Abgeordneten registriert (zwei wurden Mitglieder der Fraktion der "Bruderpartei" APR, einer - der LDPR, noch einer schloß sich der Gruppe "Neue regionale Politik" an).⁹ Es gab nur zwei Abgeordnete in der Fraktion, die keine Mitglieder der Partei waren. Unter den 45 waren nur fünf Frauen. Das Bildungsniveau der Fraktion kann man als relativ hoch bezeichnen: die überwiegende Mehrheit verfügte über einen Hochschulabschluß, 14 sogar über einen akademischen Titel, neun darunter waren Professoren. Die überwiegende Mehrheit der Fraktionsmitglieder hatte schon Erfahrungen in einer Führungsposition gesammelt: neun waren ehemalige Betriebsdirektoren, neun - Lehrstuhlinhaber und vier - Parteifunktionäre; fünf Abgeordnete der Fraktion hatten früher ein Mandat als Abgeordnete der RF besessen.¹⁰

⁸ Vgl. Soobšenie Zentribirkoma, in: Rossijskaja gazeta vom 28.12.1993.

⁹ Vgl. Federal'noe sobranie, Moskva, "Panorama" 1994, 114-115.

¹⁰ Berechnet von der Autorin auf der Basis von: Federal'noe sobranie, ibid.

Auch im Föderationsrat, dem "Oberhaus" der Föderalen Versammlung, waren 11 Mitglieder der KPRF vertreten.

"Das wichtigste Ergebnis des erfolgten Wahlkampfes besteht darin, daß die Partei den harten Teset bestanden hat... Die KPRF hat bewiesen, daß sie unter den schwersten Bedingungen zu arbeiten fähig ist," - kommentierte Sjuganow auf dem Parteiplenum die Wahlergebnisse.¹¹

Die Fraktion der KPRF stellte in der Duma den stellvertretenden Vorsitzenden, zwei Ausschußvorsitzende (in den Ausschüssen für Sicherheit, Wiktor Iljuchin, und für gesellschaftliche Organisationen und religiöse Vereinigungen, Wiktor Sorkalzew) sowie den Vorsitzenden der Mandatkommission.

Im Laufe der Arbeit fand die Fraktion der KPRF bald ihren klaren Platz in der Duma. Sie war die stabilste Abgeordnetenvereinigung, und bei den Abstimmungen waren ihre Mitglieder, im Unterschied zu den anderen Fraktionen, sich fast immer einig. Wenn die Kommunisten auch weniger als 10% der Mandate in der Duma hatten, konnten sie die Verabschiedung einiger Gesetze verhindern, indem sie eine geschickte Blockpolitik durchführten. Die KPRF rechnete die Fraktion der APR und in vielen Fragen - die der Demokratischen Partei Rußlands sowie die Gruppe "Neue Regionale Politik" zu ihren Verbündeten, die regierungstreuen Fraktionen und JABLOKO dagegen zu den Opponenten.

Die Fraktion der LDPR, wo es nach der Einschätzung von Sorkalzew "viele Deputierte gibt, die aufgrund ihrer geistigen Haltung uns nahe stehen," hatte jedoch in den Fragen der Einschätzung des Präsidenten und seiner Kompetenzen eine entgegengesetzte Meinung.¹² Die parlamentarische Praxis lag jedoch oft quer zu den politischen Deklarationen. Oft stimmten die Vertreter der APR, die ihre wichtigste Funktion in der Lobby-Bildung für die Interessen der Monopolisten des Agrarkomplexes sahen und sich in diesem Bereich auch auf einen "Handel" mit der Regierung einließen, für die Gesetzesentwürfe der Regierung (z.B. bei der Verabschiedung des Haushaltes) ab. Andererseits waren Abstimmungen denen der Fraktion JABLOKO, welche die Kommunisten zu ihren Gegnern rechneten, manchmal ähnlich, da die beiden Parteien in einer prinzipiellen Opposition zur Regierung und zum Jelzin-Regime standen. Dazu gehörten z.B. Abstimmungen über die Haushalte, die beide Fraktionen konsequent ablehnten und über das Regierungsmißtrauensvotum im Juni 1995.¹³

Die Abgeordneten der Fraktion, die für sich durch höchste Disziplin sowohl bei der Beteiligung an den Sitzungen als auch bei den Abstimmungen auszeich-

¹¹ Pravda, 28.12.1993.

¹² Vgl. O rabote kommunistov - deputatov Federal'nogo sobranija Rossojskoj Federacii.. Doklad tov. Zorkal'ceva V.I., in: III. S'ezd Kommunističeskoj Partii Rossijskoj Federacii (Materialy i dokumenty), Moskva 1995, 59.

¹³ Analyse von Gel'man, Vladimir: Kommunisty u vlasti: KPRF i ee predstaviteli v federal'nych i regional'nych organach zakonodatel'noj i ispolnitel'noj vlasti (1993-1996), Manuskript.

net, profilierten sich nicht nur durch die Kritik an der Regierung bzw. des Präsidenten.¹⁴ Auch in der Gesetzgebungsarbeit waren sie durchaus aktiv: im Laufe nur eines Jahres nahmen sie an der Ausarbeitung von mehr als 120 Gesetzesentwürfen teil.¹⁵ Ihre Aufgabe wurde von der Fraktion in der "Verteidigung der Rechte der Werktätigen", der "Verteidigung von Entwürfen mit sozialistischen Werten", etwa über die Arbeitskollektive, Minimallöhne oder Indexierung der Renten gesehen. Als "volksfeindlich" abgestempelte Gesetzesentwürfe über Privatisierung, Eigentum auf Grund und Boden, gewisse Steuern usw., wurden blockiert.¹⁶

Sehr wichtig für die Partei, die nur dank der Arbeit von Amateuren existierte, wurde der Zugang zu den organisatorischen Ressourcen, den die Mandate der Abgeordneten sicherstellten. Es handelte sich dabei um Kommunikationstechnik, Transport, Stellen von Assistenten (jeweils fünf für jeden Deputierten sowie im Apparat der Duma) schließlich sogar - ab Ende 1994 - das Recht auf kostenlose Fernsehauftritte für die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen. Obwohl eigentlich alle Duma-Fraktionen über solche Ressourcen verfügten, konnten nur die Kommunisten dank ihrer guten Organisation diese Möglichkeiten effektiv nutzen.¹⁷

"Wir können behaupten, unsere Linie der Beteiligung an den Wahlen hat ihre Richtigkeit bestätigt. Im Laufe des Wahlkampfes wurde die Kampfbereitschaft der Grundparteiorganisationen geprüft, ihre Verbindungen zur Bevölkerung wurden gefestigt." - lautete die Schlußfolgerung der ZIK der KPRF, welche die Entscheidung vom Oktober 1993 rechtfertigte.¹⁸ Damit wurde zugleich eine neue Aufgabe gestellt, nämlich sich aktiv an den Wahlen auch der anderen Ebenen zu beteiligen.

Eine Beteiligung an den föderalen Exekutivorganen lehnte die KPRF jedoch konsequent ab, um ihren oppositionellen Ruf und damit die Wählerstimmen nicht zu verlieren. "Bei der Erhaltung des gegenwärtigen volksfeindlichen politischen Kurses kann keine Rede von einer Beteiligung der Kommunisten an der Regierung sein, die sich der Zerstörung unseres großen Landes schuldig gemacht hat. Diese Regierung kann keine Koalitionsregierung werden, weil die Koalitionen durch ein Übereinkommen von politischen Kräften und nicht durch individuelle Entscheidungen von Einzelpersonen zustande kommen. Gerade deswegen wurde W. Kowaljow, ein parteiloses Fraktionsmitglied, aus der Fraktion entfernt, nachdem er seiner Ernennung zum Justizminister zustimmte," - so Sjuganow in seiner Rede auf dem III. Parteitag der KPRF.¹⁹ Mit diesem Schritt, dem der Verzicht, den Vertrag über die gesellschaftliche Eintracht zu unterschreiben, folgte, beeinträchtigte die KPRF Jelzins Pläne, eine vollwertige Koalitionsregierung zu bilden

¹⁴ Ausführlich dazu: Schneider, Eberhard: Die nationalistischen und die kommunistischen Fraktionen der rußländischen Staatsduma, Berichte des BIOst, 1995, Nr.28.

¹⁵ Vgl.: O rabote..., 58.

¹⁶ Loc. cit., 58-59.

¹⁷ Gel'man, ibid.

¹⁸ O rabote..., 16.

¹⁹ Vo imja Otečestva, v interesach naroda. Doklad predsedatelja ZIK KPRF tov. Zjuganova G.A., in: III. s'ezd..., 21.

und auf der Basis eines Konsenses aller wichtigen politischen Kräfte seine Machtpositionen abzusichern.²⁰

Die Regierung und Präsident Jelzin wurden von der KPRF weiterhin als "volksfeindlich" charakterisiert. "Die Politik und das persönliche Benehmen Jelzins verletzen die Würde unseres großen Volkes,"²¹ verkündete Sjuganow.

2.2. Regionale und lokale Wahlen

Die erfolgreiche Teilnahme der Mitglieder der KPRF an den regionalen und lokalen Wahlen erlaubte es, ihre Position auch in den regionalen und lokalen Parlamenten zu stärken. Nach den Angaben der KPRF selbst waren 46% der Kandidaten - Mitglieder der KPRF, die ein Mandat bekommen haben. Sjuganow sagte dazu jedoch, daß es "eine nicht vollständige Zahl" sei und "nicht jeder kann schon offen auftreten."²²

Der Anteil der Kommunisten in den Vertretungsorganen ist regional sehr unterschiedlich und korreliert mit der Breite der kommunistischen Wählerschaft, die in den Kleinstädten und auf dem Lande stärker ist, und im übrigen den "roten Gürtel" um Moskau, das Wolga-Gebiet und den Nord-Kaukasus umfaßt. Im Nord-Westen des Landes, am Ural und in vielen Regionen Sibiriens ist die kommunistische Basis sehr schwach. Trotzdem sind dort dank der aktiven Parteiorganisationen und der hohen Disziplin der Wählerschaft einige Kommunisten in den Gebietsdumas vertreten. Nur Moskau und St.Petersburg bildeten eine Ausnahme. In einigen Regionen lag der Anteil der Mandate bei den Kommunisten bei 20%. Kommunisten wurden sogar zu Vorsitzenden der Vertretungsorgane gewählt (Gebiete Wladimir, Astrachan, Republik Tschuwaschien).²³ In Wolgograd sind 21 von 24 Deputierten der Stadtduma Mitglieder der KPRF.

Im Gebiet Wladimir siegten die Kommunisten mit überzeugenden Ergebnissen im März 1995 bei den Wahlen zu den Organen der kommunalen Selbstverwaltung: in den drei größten Städten des Gebietes sind 70% der neugewählten Abgeordneten Mitglieder der KPRF.²⁴

Die Tätigkeit der Kommunisten ist praktisch in allen regionalen und lokalen Parlamenten sehr aktiv und gut organisiert. Fraktionen existieren in der Regel nur dort, wo die Kommunisten in der Minderheit sind (z.B. St. Petersburg), ansonsten bevorzugen sie es, über formelle Wege, wie z.B. Ausschüsse, ihre Aktivitäten zu

²⁰ Ausführlich dazu: Luchterhandt, Galina.: Der Aufbau der nationalen Staatlichkeit Rußlands, in: Forschungsstelle Osteuropa (Hrsg.): Russland. Fragmente einer postsowjetischen Kultur, Bremen 1996, 26-28.

²¹ Vo imja..., 20.

²² Zaključitel' noe slovo tov. G.I.Zjuganova po političeskomu očetu ZIK KPRF, in: III. sésd. ebd., 67.

²³ Loc. cit., 13.

²⁴ Vgl. Senatova, Olga: Regional'nye elektoral'nye kampanii i federal'nye vybory, in: Monitoring IGPI, Nr. 10 (45), Teil I, 18.

entfalten, die meistens im Bereich der Haushaltskontrolle und der sozialen Fragen liegen. Ihre Anstrengungen sind mit der Begrenzung der Machtkompetenzen der Exekutive auf der regionalen und kommunalen Ebene verbunden. Angesichts der sehr eingeschränkten Machtkompetenzen dieser Vertretungsorgane ist dies tatsächlich eine wichtige Aufgabe.

Damit bewegt sich die KPRF, nach der treffenden Bemerkung von Gelman,²⁵ in den Regionen nicht nur in demokratischen Institutionen, sondern ihre Tätigkeit trägt auch objektiv zur Festigung der demokratischen Verfassungsordnung, vor allem im Bereich der Gewaltenteilung, bei. Einige Vertreter der KPRF waren auch in den Bezirks- Stadt- und sogar in Gebietsadministrativen tätig.

Die Beteiligung der KPRF an den Wahlen der Exekutivleiter in 14 Regionen Rußlands²⁶ bildete eher eine Ausnahme. Die KPRF unterstützte meistens unabhängige Kandidaten. Die in den Gebieten Swerdlowsk und Nowgorod von der Partei nominierten Kandidaten erlitten bei den Wahlen eine schwere Niederlage; und nur in zwei Fällen, nämlich in den Gebieten Tambow und Nowosibirsk (A. Rajbow und W. Mucha), schafften es ehemalige GebietsparteiSekretäre die Wahlen zu gewinnen. Aber auch diese waren nicht bereit, sich mit der KPRF zu identifizieren.

2.3. Siegerin bei den Dumawahlen 1995

Für die Wahlen vom Dezember 1995 nominierte die KPRF 244 Kandidaten aus 88 Subjekten der Föderation (zum Vergleich: bei JABLOKO gab es 171 Kandidaten aus 56 Regionen, KRO - 168 Kandidaten aus 49 Regionen).²⁷

Schwerpunkt der Wahlkampfstrategie war die Agitation "von Tür zu Tür", bzw. "von Mensch zu Mensch", die die Parteimitglieder vor Ort gewährleisteten. Die Wahlwerbung der KPRF im Fernsehen war traditionell und langweilig, die Wahlplakate machten einen billigen "amateurhaften Eindruck". Agitatoren und Sammler der Unterschriften waren Mitglieder oder Sympathisanten der KPRF, sie arbeiteten kostenlos. Im zentralen Fernsehen war die KPRF minimal vertreten, nutzte jedoch sehr aktiv regionale Medien.²⁸ Gerade diese Methode erwies sich offenkundig für die Wählerschaft der Kommunisten als richtig. Die KPRF war die einzige Kraft unter den 43 auf dem Wahlzettel aufgelisteten Parteien, die mit minimalen Finanzressourcen ein maximales Ergebnis erreichte.

Mit 22,3% der Wählerstimmen konnte KPRF ihre Ergebnisse von 1993 verdoppeln: Dabei muß man beachten, daß die Stimmen der "links" bzw.

²⁵ Gelman: Kommunisty..., Ibid.

²⁶ Vgl. Materialien des IGPI "Polititscheskij monitoring".

²⁷ Berechnet auf der Basis: Federal'nye spiski kandidatov v deputaty Gosudarstvennoj Dumy, in: Rossijskaja gazeta vom 6.01.1996, 4-6.

²⁸ Vgl. Vasil'ev, Andrej/ Dergačeva, Lidija: Strasti vokrug četvertoj vlasti, in: Izvestija, 12.04.1994, 5.

"kommunistisch" gestimmten Wähler zwischen einer Reihe von Wahlblöcken verteilt waren. So schaffte es die radikal-kommunistische Vereinigung "Kommunisten-Werkstätiges Rußland für Sowjetunion" von Wiktor Anpilow mit 4,53% der Stimmen es beinahe, die 5%-Hürde zu überwinden; auch die traditionell sozialistisch orientierte "Die Macht - dem Volke" des Ex-UdSSR- Premierministers Nikolaj Ryschkow bekam über 1 Million Stimmen (1,61%). Wenn wir noch die 3,78% der Stimmen der Agrarpartei dazu rechnen, kommen wir zum Ergebnis, daß mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten links wählte.

Die Wahlergebnisse unterschieden sich je nach der Region stark voneinander. Von den sechs großen Wahlvereinigungen, die an den Wahlen 1993 teilnahmen, schaffte es nur die KPRF, nicht nur ihre Wählerschaft zu vergrößern, sondern auch ihre regionale Basis zu erweitern: Es waren 21 Subjekte der Föderation, überwiegend im Zentrum des Landes und an der Wolga (Gebiete Brjansk, Kaluga, Orjol, Rjazan, Wolgograd, Saratow, Penza usw.), in denen noch im Jahre 1993 die LDPR an erster Stelle war, im Jahre 1995 aber die KPRF mit ca. 30% der Stimmen Siegerin wurde. Die besten Ergebnisse erzielte sie im Nordkaukasus (durchschnittlich 32%), in der Schwarzzerderegion (durchschnittlich 31%) und an der Wolga (durchschnittlich 25%). Minimale Stimmenzahlen für die KPRF (von 5% bis maximal 10%) zeigten dagegen die Gebiete im Norden und am Ural.

Die KPRF bekam durch die Listenwahl 99 Mandate der Staatsduma; weitere 58 ihrer Mitglieder wurden in den Einmandatwahlkreisen, d.h. direkt, gewählt. Unter den direkt gewählten waren 20, die sich schon in die parlamentarische Arbeit als Staatsdumaabgeordnete (16) oder als Deputierte des Föderationsrates (vier) eingearbeitet hatten, und 14 waren vorher im Apparat der Fraktion oder als Assistenten der Deputierten (auch in den Regionen) tätig. Die größte Gruppe unter den Gewählten bildeten die Betriebsdirektoren (14 Personen). Ferner waren einige Vertreter aus dem Bereich der Wissenschaft und Lehre, Journalisten, Funktionäre der Partei und Gewerkschaften und sogar vier Vertreter der Exekutive (5), überwiegend der unteren Ebenen, dabei. Das Durchschnittsalter lag bei 45,68 Jahre. Es waren auch 9 Frauen dabei. Die größte Gruppe kam aus Moskau (29). Insgesamt waren es Vertreter aus 53 Regionen, darunter 11 Republiken; fünf kamen aus Dörfern, acht aus kleinen Städten.²⁹

Die Fraktion der Kommunisten wurde mit 142 Mitgliedern die größte in der Duma. Tatsächlich war die Zahl der Kommunisten noch größer, denn die KPRF entschied, der "Bruderpartei" APR, deren 20 direkt gewählten Abgeordneten keine Fraktion bilden konnten³⁰, durch die "Abordnung" der fehlenden 15 Personen zur Fraktionsstärke zu verhelfen.

Bei der Wahl zum Dumavorsitzenden wurde der Kommunist Gennadij Selesnew gewählt. Da jede Fraktion und jede registrierte Gruppe nach der Vereinba-

²⁹ Berechnet auf der Basis: Spisok izbrannych deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii, in: Rossijskaja gazeta, 6.01.1996, 4-6.

³⁰ Fraktionen oder Deputiertengruppen müssen aus 35 Abgeordneten bestehen, um registriert zu werden.

zung das Recht hatte, einen Stellvertreter zu stellen, gelangte Swetlana Gorjatschewa in den Rat der Duma. Die KPRF konnte außerdem die Position des Ausschussvorsitzenden in zehn von insgesamt 26 Ausschüssen übernehmen, eingerechnet den Ausschußvorsitzenden aus der APR-Fraktion, der jedoch über die KPRF-Liste in die Duma gewählt worden war. Darunter sind einige sehr wichtige Ausschüsse, wie der Ausschuß für Gesetzgebung sowie Gerichts- und Rechtsreform, den der Ex-Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR und amnestierte Putschist Anatolij Lukjanow leitet. In diesem Ausschuß werden alle Gesetzesentwürfe in bezug auf ihre Übereinstimmung mit der laufenden Gesetzgebung geprüft. Zu den wichtigsten gehören außerdem der Ausschuß für Sicherheit unter der Leitung von Wiktor Iljuchin und der Ausschuß für Geschäftsordnung und Organisation der Arbeit der Duma. Das Programm der Gesetzgebung sah in der Programmatik der Partei ganz konkret aus. So sollte die Fraktion, laut Sjuganov auf der VI. Parteikonferenz, vorrangig Gesetzen im sozialen Bereich ihre Aufmerksamkeit widmen. Darunter fallen Gesetze über das Existenzminimum; über die Ordnung der Indexierung und Erhöhung der Minimallöhne, die Renten und Sozialhilfe, über die Verantwortlichkeit wegen unterlassener Lohnauszahlung usw.³¹ Die Kommunisten, so Lukjanow, "haben im Unterhaus des Parlaments 30% der Mandate, wenn wir die Mitläufer dazu rechnen, sind es ungefähr 215-220; wir aber brauchen 226... Wenn wir sorgfältig die Arbeit zur Konsolidierung der Kräfte der Opposition durchführen, können wir ein gewöhnliches föderales Gesetz durchsetzen. Aber um das Veto des Präsidenten zu überstimmen oder um ein Verfassungsgesetz anzunehmen, haben wir nicht genug Kräfte."³²

Andererseits führte die Wahl vieler GebietsparteiSekretäre aus den Regionen zu einer Radikalisierung der Position der Fraktion und gleichzeitig zu ihrer Deprofessionalisierung. Die Größe der Fraktion hatte unvermeidlich eine Hierarchisierung zur Folge, so daß z.B. Sjuganow für den "einfachen" KPRF- Abgeordneten praktisch unzugänglich ist und die GebietsparteiSekretäre in der Fraktion eine stärkere Stellung als die anderen haben. Die Disziplin bei den Abstimmungen und der Beteiligung an den Sitzungen hat dadurch jedoch nicht gelitten. Die KPRF-Fraktion zeigt die höchste Abstimmungssolidarität in der Duma.

Auf ihrem V. Plenum hat die KPRF die Wahlergebnisse als "befriedigend" bezeichnet und die Dumawahlen selbst als "erste Etappe der für das Schicksal des Vaterlandes wichtigsten und entscheidenden politischen Kampagne" bezeichnet, wobei die nächsten Aufgaben bei den Präsidentschaftswahlen sowie bei den regionalen Wahlen liegen.³³ "Man soll sich nicht arm stellen und an jeder Ecke erzählen, daß wir "in die Macht nicht eingebaut sind". Nein, in der Tat **sind wir bereits eingebaut**; unsere Aufgabe besteht jetzt darin, daß unsere Opposition zu der Poli-

³¹ Vgl. Zjuganov, Gennadij: Post galvy ogromnoj strany - ne priz pobeditelju v konze gonki, a tjaželaja noša. Rede auf der IV. Parteikonferenz der KPRF, in: Pravda Rossii vom 22.02.1996, 3.

³² Vgl. Na zayčite prav čeloveka truda, Interview mit Anatolij Lukjanov, in: Pravda Rossii 29.02.1996, 1.

³³ O političeskich itogach vyborov deputatov Gosudarstvennoj dumy i očerednych zadačach partii". Postanovlennie Plenuma. in: Pravda Rossii, 18.01.1996, 1.

tik des Regimes in den Widerstand **innerhalb der Macht selbst**, zwischen den vertretenden und ausführenden Strukturen übergehen soll."³⁴

³⁴ "Sdelat' predstoit bol'she, em sdelano". Doklad A.G. Zjuganova na plenumе ZK KPRF, Pravda Rossii, 3.

3. KPRF VOR DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Vor den Präsidentschaftswahlen 1996 wurden die Ergebnisse der Wahlkampagne vom Dezember 1995 von der KPRF sorgfältig analysiert und die neuen Aufgaben im Präsidentschaftswahlkampf definiert. Sie betrafen die sowohl die Programmatik, als auch die Taktik und Struktur der Partei.

3.1 Aufbau der Partei und innere Konflikte

Nach dem auf dem II. außerordentlichen Parteitag verabschiedeten Statut, das weitgehend dem Statut der "alten" KPdSU gleicht, ist die KPRF nach dem Prinzip des "demokratischen Zentralismus" aufgebaut. Die Basis bilden Parteizellen, die mindestens aus drei Parteimitgliedern bestehen und deren führendes Organ die Parteiversammlung ist. Das höchste Organ der Partei ist der Parteitag, der das Zentralexekutivkomitee wählt. Dieses soll die Beschlüsse des Parteitages verwirklichen. Außerdem wird eine Zentrale Prüfungskommission gewählt. Parteimitglied kann jeder Bürger über 18 Jahre werden, der Programm und Statut der KPRF anerkennt, Parteibeiträge zahlt und sich an der Arbeit in einer Grundorganisation beteiligt. Die Bildung von Fraktionen wird nicht zugelassen, "Plattformen" jedoch sind möglich. Es ist den Mitgliedern erlaubt, sich an der Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen zu beteiligen, wenn ihr Ziel den Zielen der KPRF nicht widerspricht.

Sehr wichtig im Statut ist die Regelung, die schlichte Registrierung der ehemaligen KPdSU-Mitglieder sowie der Mitglieder der anderen Parteien kommunistischer Orientierung erlaubte.³⁵

Auf dem III. Parteitag wurde das Statut der Partei geändert³⁶, so daß jetzt das Führungsorgan wie früher traditionell Zentralkomitee heißt. Zum ZK-Vorsitzenden wurde selbstverständlich Sjuganow, zu seinem ersten Stellvertreter Kupzow, zum einfachen Stellvertreter Aleksandr Schabanow, Dozent der Moskauer Universität, gewählt. Zum ZK-Präsidium gehörten insgesamt 19 Personen, überwiegend Dumaabgeordnete, darunter Lukjanow und Sorkalzew. In der Präambel des Statuts wurde die These eingeführt, die KPRF sei die rechtmäßige Nachfolgerin der KPdSU und KP RSFSR auf dem Territorium Rußlands. Diese Feststellung zielt auf die Rückgabe des Parteieigentums, das nach Jelzins Erlaß konfisziert wurde. Ein sehr wichtiger Schritt ist die neue Regelung, welche die Bildung von selbständigen Parteiorganisationen mit eigenen Programmen und einem eigenen Statut in den Subjekten der Föderation erlaubt. Sie dürfen jedoch dem Programm und dem Statut der Partei nicht widersprechen. Dies ist ein Schritt zur Föderalisierung der Partei, der praktisch dem Prinzip des demokratischen Zentra-

³⁵ Vgl. Kto est' čto. Političeskie partii i bloki. Obščestvennye organizacii, Moskva 1994, 105-106.

³⁶ Vgl. Ob izmenejčach v ustave partii. Doklad tov. Kupcova V.A., in: II. s'ezd, 48-56.

lismus widerspricht. Es wurde auch die Altersgrenze für die Parteimitglieder geändert, um Jugend in die Partei zu locken.

Gleichzeitig wurde aber die Stärkung der Parteidisziplin zum wichtigen Thema; zu den häufigsten Disziplinverstößen gehörten nach Kupzow doppelte Mitgliedschaft, Bildung von Fraktionen und Nichterfüllung der Beschlüsse der Führungsorgane.

Bei der Wiederherstellung der Partei wurden die regionalen Abteilungen, die Moskau streng unterstellt sind, überwiegend aus Mitgliedern bzw. Organisationen der schon vorher gegründeten RKAP und SPT gebildet, wobei die Mitgliedschaft in diesen "alten" Parteien in der Regel erhalten blieb. Auch ihre Organisationen wurden nicht aufgelöst. Sie erhielten entweder den Status eines kollektiven Mitgliedes der KPRF oder man erlaubte die doppelte Parteimitgliedschaft, wie in den Gebieten Samara, Swerdlowsk, Jaroslawl. Dazu kamen die Mitglieder der KPdSU, die vorher keiner Organisation gehörten und ihre Mitgliedschaft "wiederherstellen".³⁷ Die Parteiorganisationen wurden schnell aufgebaut und gestrafft, wobei die Erfolge bei den Duma-Wahlen 1993 und etwas später bei den regionalen und lokalen Wahlen in einigen Regionen zur Stärkung der Partei maßgeblich beitrugen. Im Herbst 1994 gab es praktisch in allen Subjekten der Föderation Parteiorganisationen der KPRF und zwar nicht nur in den Gebiets (Republik-) Metropolen, sondern auch in allen Bezirken und Städten. In Tatarstan gab es 43 und in Mordovien 46 Grundorganisationen. Die Mitgliederzahlen der KPRF waren für andere Parteien praktisch unerreichbar, so im Gebiet Wolgograd - 10 000, im Gebiet Nowosibirsk - 4 300, in St. Petersburg - 8 000 Mitglieder.³⁸ Es wurden nicht nur Gebiets- und Stadt - sondern auch Bezirksparteikomitees aufgebaut. Außerdem gründete man - im Widerspruch zu Jelzins Dekret vom 20.07.1991 - Parteizellen in den Betrieben.³⁹

Kupzow begründete diesen Schritt auf dem III. Parteitag wie folgt: "Man soll in die Arbeitskollektive, in die Wohnblöcke, buchstäblich in jeden Betrieb gehen... Die negativen Folgen des Dekretes über die Entfernung der Parteiorganisationen aus den Betrieben sind noch nicht überwunden. Es gibt nur einen Weg - Parteizellen sollen mit den Gewerkschaftskomitees in den Schlüsselfragen des Betriebslebens zusammenarbeiten".⁴⁰

Der Zulauf zur KPRF wurde enorm groß. Sogar die *Prawda* warnte vor diesem Aufstieg: "Viele (ehemalige) Parteifunktionäre und Leute aus der Staatsnomenklatura strömen in die Partei, um ihre Mitgliedschaft wiederherzustellen. Nicht um in die neue KPRF einzutreten, sondern eben mit dem Anspruch darauf,

³⁷ Vgl.: Gel'man, Vladimir/ Senatova, Olga: Politicheskie partii v regionach Rossii, in: Monotoring IGPI, 1993, Nr.8 (19), S.31-32.

³⁸ Vgl.: Gel'man Vladimir, Senatopva Olga: Politicheskie partii v regionach Rossii: dinamika i tendencii, in: Monotoring IGPI, 1994, Nr. 9(32), 12.

³⁹ Vgl.: Vyžutovič, Valerij: Kornj travy, in: Izvestija vom 20.03.1996, 5.

⁴⁰ Ob izemenenijach..., 53, 54.

ihre Jahre in der Partei und Positionen in der Partei wiederherzustellen. Und das bedeutet eine große Gefahr: sich wieder in die alte KPdSU zu verwandeln..."⁴¹ Auf der VI. Parteikonferenz definierte Kupzow die Aufgabe der Partei so: "Aufnahme von neuen Mitgliedern, Schaffung eines Netzes von Grundorganisationen in allen Kollektiven und Siedlungen - das ist vornehmste Aufgabe der Partei. Man soll die Arbeit auf dem Lande weiterführen, sie in den Hochschulen und Schulen aktivieren, wo wir unsere Positionen weitgehend verloren haben.... Jetzt versuchen, infolge der Wahlergebnisse viele ehemalige Apparatschiki in die Partei zu dringen, die in den schweren Zeiten der Partei nichts geben wollten und sie verabscheuten. Das ist eine gefährliche Tendenz; sie kann zur Unterwanderung unserer Reihen führen... Es ist die Zeit gekommen, die Neuregistrierung der Mitglieder der KPdSU zu unterbinden... Die Wiederherstellung der Parteimitgliedschaft kann jetzt nur auf dem Wege der Neuaufnahme in die Grundorganisation der Partei stattfinden."⁴²

Während im Zentrum Auseinandersetzungen zwischen den "Radikal-Orthodoxen" (RKAP, *"Werkstätiges Rußland"*) und den gemäßigten sozialistischen und zur Sozial-Demokratie neigenden Strömungen (SPT) offensichtlich waren und es zu ständigen Rivalitäten zwischen diesen Organisationen bzw. ihrer Führung kam, sah das Bild in den Regionen, sogar in denen mit entwickeltem Parteienspektrum, völlig anders aus. Es gab in mehreren Regionen Bündnisse und Blockbildungen. Sie vereinigten alle Organisationen aus dem linken Teil des politischen Spektrums sowie "patriotische" Organisationen, die vorübergehenden, wahlkampfbezogenen oder stabilen Charakter hatten, z.B. "Für die Volksmacht" (Gebiet Swerdlowsk), "Gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption" (Gebiet Orenburg). Organisationsformen zwangen die Kommunisten zum ideologischen Pluralismus, was sich in der Verschwommenheit der Programmatik auch im Zentrum abbildete.

Damit verbunden war die praktische Arbeit bei dem Aufbau der Parteiorganisation und den Koalitionen im Sinne der Konsolidierung und Vereinigung aller Kräfte der Opposition. Die KPRF, die nach außen, verglichen mit anderen Parteien und politischen Vereinigungen, homogen zu sein scheint, durchlebt andauernde innere Konflikte, die einen rein machtpolitischen Charakter haben, wenn sie auch (zum Teil) ideologisch gefärbt sind.⁴³ Für externe Betrachter entsteht jedoch der Eindruck der Existenz von "drei Lagern", einem "sozial-demokratischen", einem "patriotischen" und einem "orthodoxen" bzw. "kommunistischen".⁴⁴ Dabei wird in der Regel unterstrichen, daß die Programmatik der Partei von diesen Gruppen öffentlich nicht kritisiert wird und alle Kämpfe "unter dem Tisch" stattfinden, so daß die Einschätzungen der Beobachter äußerst widersprüchlich sind. Bei der Zuordnung jener Gruppen bzw. ihrer Führer kommt es zu Widersprüchen, da Positionen der "Orthodoxen" (wie z.B. Albert Makaschow oder Oleg Schenin)

⁴¹ Filimonov, Reanol'd: Legko vino pobedy, in: Pravda vom 1.02.1996, 1.

⁴² Rossija pered vyborom. Doklad pervogo zamestiteľja ZK KPRF V.A.Kupcyva, in: Pravda Rossii, 22.02.1996, 2.

⁴³ Vgl. Čugaev, Sergej: Im nužen novyj Černenko, in: Izvestija, 21.03.996, 5

⁴⁴ Vgl. z.B.: Timmermann, Heinz: Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, AA der BIOst, 1995 Nr 69-70, Krasnikov, Evgenij: KPRF..., Ibid.

sich verschieben und Sjuganow oder Kupzow sich kaum zuordnen lassen. So kann Sjuganow, je nach Auditorium, als ein gemäßigter, fast reformorientierter Politiker erscheinen (z.B. auf dem Forum in Davos oder bei seinem Besuch in Bonn im Mai 1996), gleichzeitig aber mit einer scheinbar "festen" marxistischen Plattform bei den internen Veranstaltungen der KPRF auftreten oder aber sich in seinen Büchern und in der Mehrzahl seiner öffentlichen Auftritte als ein "patriotisch" bzw. nationalistisch und imperialistisch gesinnter Großmachtanhänger geben.⁴⁵ Er ist offenkundig, wie Andrej Fadin zu Recht bemerkt, kein dogmatischer Ideologe, sondern ein praktisch orientierter Politiker, dem unterschiedliche Ideologeme nur als Instrumente im Machtkampf dienen. Als praktischer Politiker versteht er es wohl, daß er nicht an die Macht kommen und an der Macht bleiben kann, ohne wichtige Interessengruppen (darunter auch die Interessen des Westens) zu berücksichtigen.⁴⁶

Ursprünglich gab es zwei Gruppen in der Partei, die der Parteifunktionäre, die in der Duma als Abgeordnete, "im Apparat", in Privatfirmen und Banken tätig waren, und die zweite, die die Massenaktionen auf der Straße organisierten. Für die erste sind inzwischen die Verbindungen zu der Exekutive, die Kontakte zu den mächtigen Finanzstrukturen lebenswichtig geworden; sie ist eigentlich wenig an der grundsätzlichen Änderung der Situation interessiert. Die zweite, deren Vertreter dank dem Wahlerfolg der KPRF bei den letzten Dumawahlen viele Mandate in der Duma bekamen, fand die besten Positionen und Ressource schon verteilt. Den Vertretern dieser Gruppe fehlt außerdem der Professionalismus, den sie durch ihre "Treue zu den kommunistischen Idealen" zu kompensieren versuchen. Manchmal wird dieser Konflikt als Konflikt zwischen dem "parlamentarischen Moskau" und den "kämpfenden Regionen" gedeutet. Die erste Gruppe unterstützt Sjuganow, die zweite - Kupzow, der faktisch den Apparat der Fraktion und der Partei leite. Manche Beobachter meinen wiederum, daß Kupzow voll auf Sjuganows Seite stehe.⁴⁷

Tatsache ist, daß Kupzow, dessen Nominierung zum Parlamentsvorsitzenden von Sjuganow mit Hilfe von Lukjanow in der Fraktion verhindert wurde, mit der Säuberung des Apparates begann, in dem nur noch wenige Anhänger von Sjuganow geblieben waren. Er sah seine Aufgabe darin, die Macht in den Händen des Parteiapparates zu konzentrieren. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die Änderung des Statuts, das jetzt das imperative Mandat für die über die Listen gewählten Parteimitglieder vorschreibt. Außerdem sind jetzt die Fraktionen der Kommunisten in den Vertretungsorganen aller Ebenen verpflichtet, die Meinungen bzw. Beschlüsse der Parteiorganisationen zu berücksichtigen.⁴⁸ Eine selbständige Rolle spielen in den Führungsorganen der Partei und in der Fraktion der Staatsduma Lukjanow, dessen vorrangige Aufgabe Bildung von Koalitionen ist, und Selesnew, der sich nach seinem Wahl zum Parlamentsvorsitzenden immer

⁴⁵ Ausführlich dazu: Simon, Gerhard: Gennadij Sjuganow: Das politische Weltbild des Präsidentschaftskandidaten, AA des BIOst, 1996, Nr 15.

⁴⁶ Vgl. Fadin, Andrej: Zjuganov mežu trudom i kapitalom, in: Občaja gazeta, 1996, Nr.8, 8.

⁴⁷ Vgl. z.B. Fedotov, Andrej: Gennadij Zjuganov - nakanune, in: Nezavisimaja gazeta, 20.03.1996, 5.

⁴⁸ Vgl. Ob izmenenijach... , Loc. cit.,51.

weiter von der Partei emanzipierte und infolgedessen seinen Posten als Sekretär auf dem geschlossenen ZK-Plenum im Mai 1996, angeblich wegen "starker Arbeitsbelastung in seinem Amt als Dumavorstzender", einbüßte. In Wirklichkeit warf man ihm die Durchführung einer selbständigen bzw. parteifremden Politik vor. Hier wiederholt sich der Fall "Rybkin", der Mitglied der KPRF und der APR und im Lager der Opposition war, aber nach zweijähriger Tätigkeit als Dumavorstzender schon so eng mit der Regierungsmacht verbunden war, daß er einen regierungstreuen Block gründete.

Die KPRF verfügt in den Regionen, soweit bekannt, über keine wichtige Finanzquelle: es gibt keine parteieigenen Betriebe der KPRF. Die Hilfe aus dem Zentrum ist beschränkt und begrenzt sich auf die Besoldung von Parteifunktionären als Assistenten der Dumaabgeordneten. Außerdem verfügt die KPRF in den Regionen über Geldspenden von Sponsoren. Die Parteibeiträge, von denen 20% in den Bezirks- und Stadtparteikomitees bleiben, 40% an die Führungsorgane der Gebiets- bzw. Republiksparteiorganisationen abgeführt und 20% an ZK überwiesen werden, machen - pro Mitglied - nur 1% des Lohnes, für Studenten, Arbeitslose - nur 0,5% ihres Unterhalts aus. Rentner sind von Parteibeiträgen befreit. Trotzdem berichten die Medien in Rußland, daß die KPRF schon seit langem Verbindung zu den wichtigsten Banken und westlichen Firmen habe. Ein Symbol ist die Anwesenheit des Mitglieds des Direktorenrates der Mosbusinessbank und Kasino-Besitzers, Wladimir Semago, in der Fraktion und Partei.⁴⁹

Arbeit mit Massenmedien gehört auch zu den Prioritäten der KPRF. Direkt oder indirekt kontrolliert KPRF z.Z. 150 Zeitungen und Zeitschriften. Es geht hier aber nur um Druckmedien; der Zutritt zu den von der Regierung kontrollierten Fernsehkanälen ist sehr begrenzt. In den Regionen sind Aktionsmöglichkeiten der KPRF von den Positionen der jeweiligen Gouverneure bzw. Administrationen abhängig.

3.2. Koalitionen

"Das Wählerpotential der linken Kräfte ist wesentlich breiter als bei der KPRF und der APR zusammen," - schrieb der Gründer der Sozialistischen Partei und Kritiker der KPRF, Boris Kagarlickij, der für eine "Volksalternative" aus "parlamentarischer" Linken", "neuen Linken", Gewerkschaften und Jugendorganisationen plädierte, um eine breite moderne Bewegung als Alternative zu der heutigen Macht zu bilden.⁵⁰

Sehr wichtig war die Bereitschaft der KPRF möglichst breite Koalitionen zu schließen, die die gemeinsamen Kandidaten unterstützen sollte. Die Voraussetzungen für eine solche **volkspatriotische** Koalition war schon längst vorhanden. Seit dem Augustputsch wurden mehrmals Versuche unternommen, eine solche

⁴⁹ Vgl. Fadin, Andrej: Sjuganov..., Ibid.

⁵⁰ Kagalickij, Boris: Edinstvo levych sil? in: Svobodnaja mysl, 1995, Nr.2, 65.

Koalition der vereinigten sogenannten *"Links-Rechten"* zu bilden, zunächst von der Deputierten- und Wählerversammlung *"Sojuz"* (Union) über *"Otschisna"* (Vaterland) und *"Russkij Nacional'nyj Sobor/RNS"* (Russische Nationale Landesversammlung) bis hin zur *"Front Nacional' nogo Spasenija/ FNS"* (Front der Nationalen Rettung). Zeitweilig spielten diese Bündnisse eine bedeutende politische Rolle, wie die Organisation der "unversöhnlichen Opposition" FNR, in der Jelzin einen ernsthaften Gegner sah und sie nach einem gescheiterten Versuch im Oktober 1993 verbot.

Solche Bündnisse existierten nicht nur im Zentrum, auch in der Provinz waren sie in der Regel sehr aktiv. Radikale Kommunisten und Nationalisten organisierten in den meisten Regionen, in denen ein Parteienspektrum vorhanden war, seit 1991 gemeinsame Protestaktionen. Auch die Führungspersonen operierten gemeinsam oder sie waren gar dieselben. Gerade Sjuganow war ein politischer Akteur, der seit langem diese Koalition persönlich verkörperte: als Vorstandsmitglied von *"Otečestvo"*, als Ko-Vorsitzender der "Duma" von RNS und der FNR.

"... um die Grenzen der festen Wählerschaft der Kommunisten zu überschreiten, muß man auf die national-orthodoxen Organisationen zugehen, die dank der Bemühungen der Beamten unter den Demokraten und der russenfeindlichen Journalisten wieder jenseits der Duma-Wände geblieben sind... Es ist wichtig zu verstehen, daß die patriotischen Kommunisten und nationalistischen Patrioten keine Konkurrenten bei der Errettung des Volkes und der Wiedergeburt des Vaterlandes sind. Aber sowohl die einen als auch die anderen würden es nicht erreichen, wenn sie sich nicht auf dem Weg zum gemeinsamen Ziel vereinigen," - schrieb in der *"Pravda"* der Dumaabgeordnete Pjotr Romanow, ein prominenter Politiker aus dem patriotischen Lager.⁵¹

Die politische Basis für dieses Bündnis bildete von Anfang an die Ablehnung der "Politik des nationalen Verrates". Die Bezeichnungen des politischen Gegners sind inzwischen zwar etwas milder geworden, aber in der von dem VI. Plenum der KPRF verabschiedeter Deklaration über die Grundlagen der Zusammenarbeit der volkspatriotischen Kräfte wird das gegenwärtige Regime immerhin noch als "unmoralisch und verantwortungslos" und Jelzins Politik als "volksfeindlich" angegriffen. Das Ziel, die Vereinigung aller Kräfte, um den Sieg eines Kandidaten zu gewährleisten, soll auf einer sehr verschwommenen ideologischen Basis der "besten heimatlichen Traditionen der Macht des Volkes, des Kollektivismus, Patriotismus und der Einigkeit der Nation" erfolgen. Um "das Land aus der tiefen Krise auf einen normalen Entwicklungsweg zu führen, der das Gedeihen des Staates, die Berechenbarkeit seiner Innen- und Außenpolitik, das Wohlergehen der Bürger, die Gewährleistung ihrer Verfassungsrechte sowie Frieden und Eintracht in der Gesellschaft" anstrebt.⁵²

Es ist tatsächlich gelungen. Selbstverständlich war die Bruderpartei APR bereit, Sjuganow zu unterstützen. Sie hatte jedoch einige Diskrepanzen mit der

⁵¹ Romanov, Petr: Edinstvo vo imja Otschizny, in : Pravda vom 5.03.1996, 1.

⁵² Pravda Rossii, vom 22.02.1996, 1.

KPRF vor den Wahlen, die insbesondere die fast ausschließliche Orientierung der APR auf die Kolchosvorsitzenden und die Konkurrenz mit der KPRF auf dem Lande betraf. Aber auch die breitere und etwas lockerere Agrarunion Rußlands unter der Leitung des August-Putschisten Sergej Starodubcew sowie die Gewerkschaften des Agrarindustriellen Komplexes waren bereit, tatkräftig für den Sieg eines Kommunisten zu kämpfen. Eher selbstverständlich war die Unterstützung von seiten der Deputiertengruppe "Volksmacht" unter der Leitung von Nikolaj Ryschkow. Sogar die schärfsten Kritiker von Sjuganow und der KPRF insgesamt aus dem extrem linken Teil des kommunistischen Spektrums, wie Anpilow und Tjul'kin, unterstützen Sjuganow als ihren gemeinsamen Kandidaten. Auch die Union der Kommunistischen Parteien - KPdSU unter der Leitung von Oleg Schenin, die einige kommunistische Parteien der früheren Sowjetrepubliken darunter auch die KPRF vereinigt, beschloß auf ihrem Plenum, Sjuganow zu unterstützen.⁵³

Dem Block schloß sich eine Reihe von national-patriotischen Parteien und Bewegungen an, darunter der *Rußländische Bund des Gesamten Volkes (Rossijskij Obščehnarodnyj Sojuz)*, *Russische Partei*, Ruzkojs "Großmacht" u.a. In den Regionen traten mehrere Organisationen der Opposition für die Unterstützung des "Kandidaten der volks-patriotischen Kräfte" an, so z.B. in Tomsk, wo es 15 Parteien und Bewegungen, Gewerkschaften gab; so SPW, APR, ROS, KRO, Rußländische Sozial-Demokratische Union, die regionale Abteilung von Swjatoslaw Fjodorows Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen.⁵⁴ Hier äußert sich ein für die Parteienlandschaft Rußlands außerhalb der KPRF noch immer typisches Phänomen: regionale Parteiorganisationen verhalten sich oft im Widerspruch selbst zur Parteizentrale: in Moskau versucht Swjatoslaw Fjodorow eine Koalition mit Jawlinskij zu bilden, in Tomsk aber unterstützt seine Partei Sjuganow!

Der "volkspatriotische Block" bildet jetzt eine breite oppositionelle Front hinter Sjuganow mit der Folge, daß es jetzt kaum noch einen bedeutenden kollektiven politischen Akteur gibt, der außerhalb dieses Bündnisses geblieben ist, sei es unter den orthodoxen Linken oder sei es unter den Nationalisten.⁵⁵

Die mobilisierende und konsolidierende Figur von Sjuganow einerseits, das Protestpotential hinter ihm andererseits ähnelt strukturell sehr stark der Bewegung "Demokratisches Rußland" 1989/91 hinter Boris Jelzin, jedoch mit einem wesentlichen Unterschied. Während DR ohne einen "festen Kern", ohne eine Organisation mit selbständiger politischen Bedeutung existierte, ist es im "volkspatriotischen Block" anders: die KPRF bildet nicht nur diesen Kern und die eigentliche Triebkraft des Blocks, sie kann und wird auch seinen - absehbaren - Zerfall ohne nennenswerte Verluste überleben.

⁵³ Vgl. Garifullina, Nadežda: My istoričeski otvetstvenny za sud'bu svoego naroda i svoej strany - SSSR" s plenuma Soveta SKP - KPSS, in: Glasnost' 1996, Nr.1, 5.

⁵⁴ Vgl. Soobščenie s mest, in: Sovetskaja Rossija, 19.03.1996, 1.

⁵⁵ Vgl. Kiva, Aleksej: Zjuganov ne tak prost, kak ego maljujut, in: Rossijskaja gazeta, 11.04.1996, 3.

3.3. Ideologie und Programmatik

Eine zunehmende Rolle in der Formulierung der Programmatik sowie bei den konkreten politischen Schritten und Erklärungen spielen sogenannte analytische Zentren bzw. Gruppen. Die wichtigste davon ist die RAU-Korporation unter der Leitung von Aleksandr Podberezkin, der in den Jahren 1991-93 mit Ruzkoj zusammenarbeitete, Ende 1994 aber zu Sjuganow überwechselte. RAU ist unter den Spezialisten gut bekannt. Dieser Institution gelang es, eine zehnbändige Ausgabe über die neuen politischen Bewegungen und Parteien in Rußland seit der frühen Perestrojka-Zeit bis 1993 sowie weitere Nachschlagbücher (Banken, NGO usw.) und eine Zeitschrift ("*Obozrevatel*") herauszugeben. Auf der Basis von RAU wurde 1995 unter der Beteiligung von patriotisch gesinnten Künstlern (Nikolaj Gubenko, Jurij Bondarew, Tatjana Doronina u.a.) sowie des Ex-KGB-Generals Walerij Wotroznikow die Stiftung "Geistige Erbe" (*Fond "Duchovnoe nasledie"*) gegründet, die bei der Vorbereitung des Programms und der Bücher von Sjuganow maßgeblich beteiligt war. Noch eine andere Organisation, "Rußländische Wissenschaftler für sozialistische Orientierung", vereinigte überwiegend orthodox gesinnte Ideologen (frühere Professoren der Parteihochschule in Moskau, Experten des Obersten Sowjets usw.), die Gesetzesentwürfe für die Fraktion der KPRF in der Duma vorbereiten. Es gibt noch drei analytische Zentren, deren Tätigkeit einen geschlossenen Charakter hat und deren Aufgabe in der Analyse politischer Informationen besteht.⁵⁶

Das **Parteiprogramm** der KPRF wurde auf dem II. außerordentlichen Parteitag im Februar 1993 verabschiedet und auf dem III. Parteitag am 22. Januar 1995 geändert. Gewisse Änderungen der Programmatik, die jedoch nicht im Programm, sondern im Statut der Partei und in den Empfehlungen der Partei an ihren Präsidentenkandidaten Sjuganow sowie im Wahlprogramm von Sjuganow ihren Platz fanden, sind auf dem V. Plenum des ZK der KPRF am 18.01.1995 und auf der IV. Parteikonferenz angenommen worden. Die Richtung dieser Änderungen ist klar zu sehen: Es ist ein Abdriften von marxistisch-leninistischen Prinzipien sowohl im ökonomischen als auch im politischen Bereich unter Verzicht auf eine kommunistische und sogar radikal-oppositionelle Rhetorik hin zu Großmachtorientierung und Patriotismus sowie zur Verteidigung der sozialen Rechte der Bevölkerung.

Das Programm verkündet den Aufbau des Sozialismus in neuen Formen, die dem modernen Entwicklungsstand der Industriekräfte, der ökologischen Sicherheit und dem Charakter der vor der Menschheit stehenden Aufgaben entsprechen sollen. Der Kommunismus wird dabei wie im Kommunistischen Manifest als zukünftige Gesellschaftsordnung, als "eine kommunistische Assoziation" verstanden, in der angeblich die Entwicklung jedes Einzelnen Voraussetzung für die Entwicklung aller sei; diese Formel wird aber im Programm nicht weiter behandelt. Gleichzeitig wird behauptet, daß die "russische Idee eine tief sozialistische Idee" sei. Die

⁵⁶ Vgl. Krasnikow, Evgenij: KPRF: kto za kulisami? in *Moskovskie novosti*, 1996, Nr. 13, 7, *Voždi i duchovnye nasledniki*, in: *Obščaja gazeta*, 1996, Nr. 11, 8.

"Verteidigung der national-staatlichen Interessen Rußlands", fließe organisch in den "Kampf gegen das koloniale Versklaven und der Konterrevolution, für Sozialismus und sowjetische Formen der Volksmacht ein." Diese seltsame Mischung aus den für kommunistische Parteien und Bewegungen typischen Vorstellungen und denjenigen, die für das Lager der Patrioten typisch sind, werden von Sjuganow nicht nur geteilt, sondern werden in seinen neuesten Publikationen ("Großmacht", "Hinter dem Horizont") ausführlich behandelt und charakterisieren ihn als einen überzeugten Antiwestler und Anhänger des imperialen Großmachtgedankens.⁵⁷ Herausgekommen ist dabei, nach der treffender Bemerkung von Heinz Timmermann, "eine Programmatik, die in ihrer Widersprüchlichkeit und Eklektik ihresgleichen sucht: Sie verbindet herkömmlichen Marxismus mit demokratischem Pluralismus; dialektischen Materialismus mit orthodox-religiösen Werten..."⁵⁸

Zu dem verkündeten Ziel sollen drei Etappen führen, auf denen die folgenden Aufgabenzu lösen seien:

- auf der *ersten* Etappe soll eine Regierung der nationalen Rettung gebildet werden, die die katastrophalen Folgen der Reformen beseitigen soll; insbesondere soll das Eigentum, das entgegen den "gesellschaftlichen Interessen privatisiert" worden sei, dem "Volk zurückgegeben werden";
- auf der *zweiten* Etappe sollen die sozialistischen Wirtschaftsformen das Übergewicht haben. Indem im politischen Bereich eine Stabilität geschaffen ist, sollen die Werktätigen sich in unterschiedlichen Formen an der Verwaltung beteiligen;
- auf der *dritten* Etappe sollen sozialistische Wirtschaftsformen herrschen.⁵⁹

Konkreter als diese Thesen ist das Minimal-Programm, das die weiteren Aufgaben, überwiegend in der Gesetzgebung, darunter beim Wahlrecht und den sozialen Rechten, festlegt. Ein herausragender Punkt ist die Verhinderung der Einführung des Privateigentums an Grund und Boden. Außerdem werden die Aufhebung des Belowesch-Abkommens über die Bildung der GUS und der etappenweise Aufbau eines Unionstaates auf freiwilliger Basis angekündigt. Es ist beachtlich, daß vier der zehn Programmpunkte einen deklarativen demokratischen Charakter haben:

- ein Block von Gesetzen (zum Wahlrecht und zum Referendum), die die freiwillige Stimmenabgabe der Bürger garantieren sollen;
- die Gewährleistung des Rechtes der Bürger auf Information sowie auf den Zugang aller politischen Kräfte zu den Medien, die im Rahmen des Gesetzes handeln;
- eine allgemeine Diskussion und Annahme einer neuen Verfassung von der Mehrheit des Volkes;
- eine maximal mögliche Vertretung der Werktätigen in den Machtorganen und Organen der Selbstverwaltung aller Ebenen.⁶⁰

⁵⁷ Ausführlich dazu: Simon, Gerhard: Gennadij Sjuganow..., Ibid.

⁵⁸ Timmermann, Heinz: Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, AA des BIOst, 1995, Nr.70, 5.

⁵⁹ Programma Kommunističeskoj partii Rossijskoj Federacii. Prinjata III s'ezdom KPRF 22 janvarja 1995 goda, in: III s-ezd Kommunističeskoj partii, Ibid., 109-110.

⁶⁰ Loc. cit, 111.

Für notwendig wird auch die "Verteidigung der Bürger- und Menschenrechte in der Rußländischen Föderation" gehalten.⁶¹

Wenn wir von den Deklarationen allgemeinen Charakters wie der Unterbindung der zwischennationalen Konflikte oder rein ideologischer Deklarationen wie z.B. "Aufhören mit der Beschmutzung der rußländischen und sowjetischen Geschichte und des Gedächtnisses und der Lehre von W.I. Lenin" ⁶² absehen, die offenkundig eine Referenz gegenüber den konservativ gesinnten Parteimitgliedern ist, ist ein Teil dieser Aufgaben - im Bereich der Gesetzgebung - im Laufe eines Jahres schon realisiert worden. Nur ein Punkt, nämlich der über die vorzeitigen Präsidentschaftswahlen und die Bildung einer Regierung der nationalen Rettung ist infolge des Wahlerfolges der KPRF und guten Aussichten Sjuganows bei den Präsidentschaftswahlen, nicht mehr relevant.

Auf dem V. Plenum der Partei lag der Schwerpunkt bei der Konkretisierung des Mottos "des Patriotismus, der Verteidigung der gesamtnationalen, gesamtstaatlichen Interessen", wobei die "rußländische Staatlichkeit" auf der Basis der Volksmacht und unter Berücksichtigung der kulturell-historischen Traditionen aufgebaut werden soll. In der Wirtschaft soll der Staat eine regulierende Rolle spielen. Die Volksvertretung soll maßgeblich durch Änderung der Verfassung erweitert und gestärkt werden. Als Hauptaufgabe wurde wiederum die Tätigkeit in der Staatsduma im Bereich der Gesetzgebung gesehen, wobei Sjuganow in seinem Vortrag nicht nur die allgemeine politische Richtung der Partei wie "der Widerstand gegen die Politik des Präsidenten und der Regierung, die durch den Westen und das vaterländische Kompradorkapital bestimmt ist", oder "die Verteidigung der sozialen Interessen der Werktätigen und Wiederherstellung ihrer sozialen Er rungenschaften" beschwor, sondern ganz bestimmte Ziele für den gesetzgebungsprozeß, die Überwindung des Präsidentenvetos und für Verfassungsänderungen steckte.⁶³

Auf der VI. Parteikonferenz, die Sjuganow zum Präsidentenkandidaten nominierte, wurde dies noch deutlicher unterstrichen:

- "wir erkennen die Notwendigkeit unterschiedlicher Eigentumsformen an"; "der Staat muß die einheimischen Warenproduzenten unterstützen"; "wenn ein Privatbetrieb erfolgreich arbeitet, muß er unterstützt werden";
- die Verfassung soll geändert werden: "wir werden alles unterstützen, was mit der Entwicklung des Föderalismus auf der Verfassungsbasis verbunden ist: Wir brauchen ein starkes Zentrum und eine entwickelte kommunale Selbstverwaltung"; " das Ungleichgewicht der Gewalten muß beseitigt werden; es sollen die kontrollierenden und anordnenden Funktionen der Vertretungsorgane erweitert und die Vollmachten des Präsidenten begrenzt werden";

⁶¹ Loc. cit., 117.

⁶² Ibid.

⁶³ Vgl.: Sdelat' predstoit bol'se, čem uze sdelano. Dokald G.A. Zuganova na V. Plenumě ZK KPRF, in: "Pravda Rossii", 18.01.1996, 2-3.

- "die sozial-ökonomischen Rechte sollen von der Verfassung garantiert werden".⁶⁴

Die Wahlplattform des Präsidentenkandidaten ist einerseits noch allgemeiner, weniger radikal, besonders im wirtschaftlichen Bereich, andererseits enthält sie klare Vorstellungen, wie die Verfassungsordnung geändert sein soll. "Ich unterstreiche, es kann keine Rede von einer Liquidierung der Eigentümer sein, es geht nur darum, alle Bürger in Miteigentümer des Gemeingutes des Volkes zu verwandeln". "Demokratie bedeutet die Macht des Volkes, und folglich, die Verantwortung der Staatsorgane vor dem Volk... Man soll Änderungen in die Verfassung einbringen, den Präsidenten zu einer höchsten Amtsperson im Dienste der Gesellschaft und als gegenüber der Volksvertretung rechenschaftspflichtig verwandeln. Kein Minister soll ohne Zustimmung der Legislative ernannt werden können... Parlament und Abgeordnete sollen rechenschaftspflichtig vor den Wählern sein und unter ihrer Kontrolle stehen."⁶⁵

Es ist interessant, daß die Bildung eines volkspatriotischen Blocks kaum auf die Ausarbeitung dieses Programms einen Einfluß hatte: weder orthodoxer Leninismus nach dem Schnitt von Anpilow noch radikal-nationalistische Sprüche der an den Block sich beteiligten "Russischen Partei" oder des "Bundes der Offiziere" sind in diesem Dokument zu finden. Sogar im außenpolitischen Bereich sieht diese Plattform gemäßigt aus und unterscheidet sich nur durch einige rethorische Schlagworte, etwa "Kompradourbourgeoisie", von der proklamierten Politik der Regierung. Hier finden wir etappenweise die Wiederherstellung des Unionstaates auf der freiwilligen Basis; eine selbständige und offene Außenpolitik, die Einmischung von außen nicht zulasse; Gewährleistung der Sicherheit des Landes mit friedlichen Mitteln, wobei die Osterweiterung von NATO - selbstverständlich - negativ eingeschätzt wird.⁶⁶

3.3. Soziale Basis der KPRF

Nach Meinungsumfragen von VCIOM setzt sich die Wählerschaft der KPRF und der oppositionellen Parteien aus Personen zusammen, deren Einkommen unter dem Durchschnitt liegt.⁶⁷ Es sind Faktoren, die den Lebensstandard bestimmen, vor allem die Höhe und Dynamik des Einkommens, die mit der Wahrscheinlichkeit der Abstimmung für die KPRF korrelieren.⁶⁸ Es sind eigentlich die Wähler, die im Unterschied zu den Aktivisten der Partei nicht nach Alter, Bildung oder Art der Beschäftigung exakt beschrieben werden können. Wähler, die "patriotisch" bzw. "kommunistisch" oppositionell gesonnen sind, gibt es in fast allen demogra-

⁶⁴ Vgl.: Zjuganov, Gennadij: Post galvy ogromnoj strany..., 3.

⁶⁵ Vgl. Rossija, Rodina, Narod! Predvybornyje programma kandidata v Prezidenty Rossijskoj Federacii Gennadija Zjuganova, in: Sovetskaja Rossija vom 19.03.1996, 2.

⁶⁶ Ibid.

⁶⁷ Vgl.: Sedov, L.A.: Startovye pozicii partij v načale vybornoj kampanii, in: Sozial'nye i ekonomičeskie pereмены. Monitoring obščestvennogo mennija, 1995, Nr.5, 5.

⁶⁸ Vgl.: Buzen, Andrej: Vlijanie social'no-ekonomičeskogo razvitija regionov Rossii na itogi vyborov v Gosudarstvennuju Dumu Federal'nogo sobranija vtorogo sozyva, in: Polis, 1996, Nr.1, 103-118.

phischen Wählergruppen, tendenziell haben aber Anhänger der Opposition etwas niedrigere Bildung, leben eher in kleinen Siedlungen als in den Großstädten. Wähler mit bestimmten politischen Vorstellungen sind eher in der mittleren und älteren Bevölkerungsgruppe zu finden.⁶⁹ Die Kerngruppe der Wählerschaft der KPRF blieb beständig, d.h. die Mehrheit derjenigen, die für diese Partei 1993 stimmten, waren auch nach zwei Jahren bereit, wieder für sie zu stimmen.

Die Kommunisten selbst sehen von den Daten unterschiedlicher Umfragen ausgehend, ihre Wählerschaft bzw. die soziale Basis der Partei bei den Arbeitnehmern, Industrie- und Landarbeitern sowie den Ingenieuren der Staatsbetriebe, wobei fast ein Drittel zu den älteren (über 60 Jahre) Gruppen gehören, zwei Drittel sollen über 45 Jahre alt sein. Auf der Basis unterschiedlicher Untersuchungen stellt sich heraus, daß mehr als 40% dieser Wählergruppe eine hohe Ausbildung hat: der Anteil der Arbeiter ist relativ niedrig, er liegt bei ca. 20%, ist also niedriger als bei der DWR; bei der LDPR ist diese Zahl doppelt so hoch. Diese Erkenntnisse veranlaßten die KPRF, ihre Meinung über die eigene Stammwählerschaft und dementsprechend ihre Wahltaktik zu ändern. Sie ist jetzt überwiegend auf Ingenieure und Techniker sowie Angestellte und Lehrer gerichtet.⁷⁰

Die Zukunft der KPRF hängt wesentlich von den Wahlergebnissen bei den Präsidentschaftswahlen ab. Szenarios reichen von Horrorvisionen der allgemeinen Verstaatlichung und einer Welle der Repressionen, falls Sjuganow Präsidenten werde,⁷¹ bis hin zu der Vorstellung, daß der neue Präsident nur begrenzte Möglichkeiten habe, regionale Bürokratie und Eliten zu beeinflussen, da die Macht weitgehend fragmentiert sei, die institutionellen Gleichgewichte schon vorhanden seien und die Gesellschaft unwiederkehrbar sich verändert habe.⁷² Aber unabhängig davon, ob die KPRF sich in eine "Partei der Macht" verwandelt oder weiter als die stärkste Oppositionskraft im Lande existiert, bleibt sie auch in der nahen Zukunft einer der wichtigsten Akteure im politischen Leben Rußlands.

Abgeschlossen: Mai 1996.

⁶⁹ Vgl.: Tumanov S.V./ Burykin I.G.: Elektorat Rossii v 1993 godu, in: Sozis, 1995, Nr.5, 33-43.

⁷⁰ Vgl.: Segal, Aleksandr: Elektorat levych sil, in: Analiz elektorata političeskich sil Rossii, Komtex, Moskva 1995, 40-41.

⁷¹ Vgl. z.B.: Lacis, Otto: Maksi-maksimum Zjuganova, in: Izvestija vom 29.03.96, 3, Lacis, Otto/Diligenskij, German in: Čto ždet stranu posle 16 ijunja, in: Moskovskie novosti, 1996, Nr. 15, 8; Gajdar, Egor: Otložennyj vybor, in: Novoe vremja, 1996, Nr. 12, 10-12, Borovoj, Konstantin: Zdravstvuj, Zjuganov, in: Izvestija vom 27.04.1996, 4.

⁷² Vgl. z.B.: Fadin, Andrej: Sjuganov meshdu..., loc. cit.; Furman, Dmitrij/ Kapustin, Boris in: Čto shdet staru..., ebd.